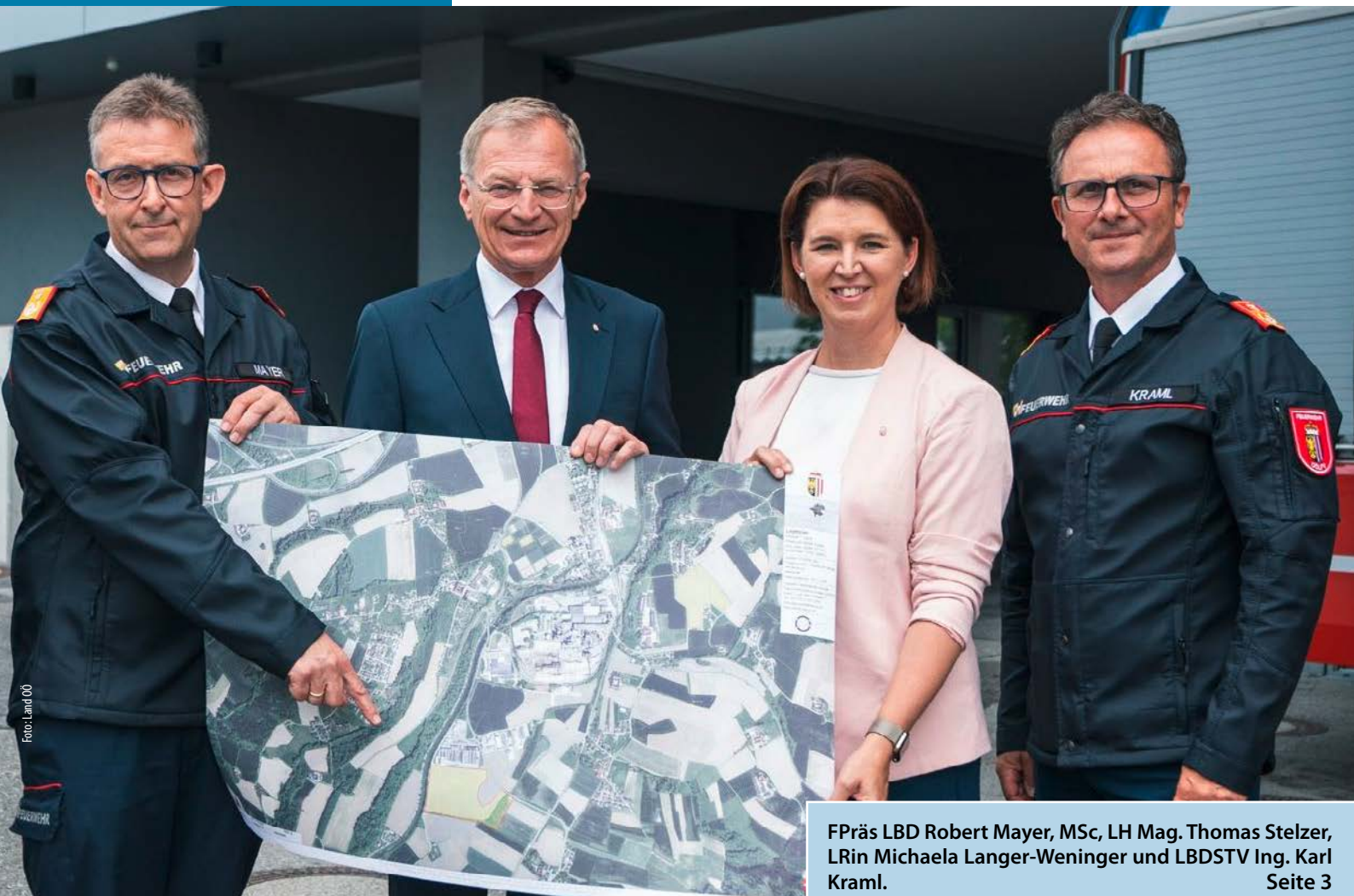




FPräs LBD Robert Mayer, MSc, LH Mag. Thomas Stelzer, LRin Michaela Langer-Weninger und LBDSTV Ing. Karl Kraml.

Seite 3

100 Mio. vom Land für neues Landesfeuerwehrzentrum

INFRASTRUKTUR

Hochautomatisierter Linienbus im Test



Ziel ist es, hochautomatisierte Busse über einen Zeitraum von zwölf Monaten in den regulären Linienbetrieb zu integrieren.

Seite 4

LANDTAG

Der Oö. Landtag zog eine Jahresbilanz



Neun Plenarsitzungen, 100 Ausschuss- und Unterausschusssitzungen sowie 132 Beschlüsse (60 einstimmig) prägten das politische Jahr.

Seite 7

INFRASTRUKTUR

Spatenstich für den Linzer Freinbergtunnel



Der Spatenstich in Linz für die mehr als drei Kilometer langen Röhren und die Unterflurtrasse Waldeggstraße wurde gebührend gefeiert.

Seite 8



Einstiegsgehälter der Elementarpädagog/innen steigen auf 3.431 Euro

Rekordzahl an Beschäftigten in Kinderbildung und -betreuung

„Mit der neuerlichen Gehalts-erhöhung setzt Oberösterreich ein klares Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung für die tägliche Arbeit der pädagogischen Fach- und Assistenzkräfte in unseren Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen“, betont Landeshauptmann-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Christine Haberlander.

- Das Einstiegsgehalt für Elementarpädagog/innen erhöht sich um 110 Euro auf 3.431,20 Euro brutto monatlich.
- Pädagogische Assistenzkräfte erhalten um 85 Euro mehr und starten nun mit 2.716,30 Euro brutto.



„Während andere Branchen ihr Personal reduzieren müssen, können wir in der Elementarpädagogik Jahr für Jahr spürbar zulegen“, freut sich LH-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Christine Haberlander.

Foto: Land OÖ

Die Zahl der Beschäftigten in den oberösterreichischen Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen konnte konti-

nuierlich gesteigert werden. Aktuell sind 13.565 Personen in der Betreuung unserer Kinder beschäftigt – im Zehnjah-

resvergleich ein Plus von 4.318 Mitarbeiterinnen.

Allein innerhalb der letzten drei Jahre, seit dem Abschluss

des Kinderland-Pakts, ist der Personalstand um 2.257 Mitarbeiter/innen, das sind rund 20 Prozent, gestiegen.

Schulterschluss der Länder in sozialpolitischen Fragen erreicht



Gesundheits-LR Dr. Karlheinz Kornhäusl (Stmk), Sozial-LR Dr. Christian Dörfel und Sozial-LR Mag. Hannes Amesbauer (Stmk).

Foto: Land OÖ/Antonio Bayer

Mit 1. Juli übergab Oberösterreich den Vorsitz der Landes-sozialreferentenkonferenz an die Steiermark. Im vergangenen Vorsitzjahr setzte Ober-

österreich sozialpolitische Schwerpunkte in den Bereichen Pflege, Betreuung, Behinderten- und Sozialhilfe. „Mit den 33 Beschlüssen im Rah-

men der Landessozialreferentenkonferenz liegt nun ein gemeinsames Arbeitsprogramm der Länder vor“, berichtet Sozial-Landesrat Dr. Christian Dörfel. In folgenden Punkten muss der Bund die Rahmenbedingungen verbessern:

- Kompetenzen für Pflegefachassistenz erweitern: Pflegeassistenzberufe sollen jene Tätigkeiten ausüben dürfen, für die sie ausgebildet wurden. Damit sollen Fachkräfte effizienter eingesetzt und die Versorgung verbessert werden.
- Verbesserte Rahmenbedingungen bei 24-Stunden-Betreuung: Gefordert werden die Qualitätssicherung der Agenturen und die Weiterentwicklung der 24-Stunden-Betreuung.

- Mehr Sicherheit beim Wechsel auf den Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen: Die Länder fordern eine verbindliche Übereinkunft, damit Menschen mit Behinderungen beim Wechsel aus geschützten Beschäftigungsformen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt keine dauerhaften Nachteile befürchten müssen.
- Länderkompetenzen bei Sozialhilfe-Reform absichern: Sollte der Bund an seiner geplanten Sozialhilfe-Reform festhalten, sprechen sich die Länder für klare Zuständigkeiten, Planungssicherheit und den Erhalt des Gestaltungsspielraums für die Länder aus. Insbesondere eine bessere Verschränkung der Datenbanken soll mitberücksichtigt werden.

Landesfeuerwehrverband übersiedelt nach 100 Jahren nach St. Marien

100 Millionen Euro werden in ein modernes Zentrum investiert



Bekämpfung eines Brandes in einem Fachmarkt in Marchtrenk.

Foto LFK/Hermann Kollinger

Beinahe ein Jahrhundert lang ist die Petzoldstraße in Linz schon das Herz des oberösterreichischen Feuerwehrwesens. 1929 erwarb der Landesfeuerwehrverband das Gebäude samt fünf Joch Grund einer stillgelegten Fabrik – die erste Feuerweherschule im deutschsprachigen Raum war geboren. Nun geht diese traditionsreiche Ära zu Ende: Der Landesfeuerwehrverband wird seinen Standort nach St. Marien im Bezirk Linz-Land verlegen. Landeshauptmann Mag. Tho-

mas Stelzer bezeichnet das Vorhaben als Investition in die Sicherheit des Landes: „Unsere Feuerwehren sind das Rückgrat der Sicherheit in Oberösterreich. Wer ihre Zukunft absichert, investiert unmittelbar in den Schutz der Menschen.“

Ein hochmodernes Zentrum

Auf landeseigenen Flächen im Ortsteil Nöstlbach soll in den kommenden Jahren ein neues Feuerwehrzentrum entstehen. Rund 100 Millionen Euro wer-

den in das Projekt investiert. 25 Millionen sollen von der Verwertung des Grundstückes in der Petzoldstraße kommen, der Rest wird vom Land finanziert. Ausbildung, Katastrophenschutz, Logistik, Einsatzkoordination und Verwaltung werden künftig an diesem Standort gebündelt.

Hinter der Entscheidung stehen vor allem praktische Gründe. Die Anforderungen an die Feuerwehren steigen seit Jahren, Extremwetterereignisse, technische Einsätze und kom-

plexe Schadenslagen nehmen kontinuierlich zu. Der bisherige Standort in Linz stößt räumlich wie funktional zunehmend an seine Grenzen. Großflächige Übungsszenarien, moderne Logistik und zeitgemäße Ausbildungsanlagen lassen sich dort nur noch sehr eingeschränkt verwirklichen.

Mehr Trainingsanlagen

„Mit dem neuen Feuerwehrzentrum investieren wir nicht nur in Gebäude und Infrastruktur, sondern auch in Menschen, die ihre Kraft in den Dienst der Sicherheit stellen“, betont Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Landesrätin Michaela Langer-Weninger. Im Bereich der Ausbildung soll vor allem mehr Training in Atemschutz- und Heißausbildungen, Realbrand-Übungen sowie Hochwasserübungen und Katastrophenschutzszenarien erfolgen. „Unsere beinahe 95.000 Mitglieder brauchen eine Ausbildung, die so nahe wie möglich an der Realität ist“, ist Landesfeuerwehr-Kommandant Robert Mayer überzeugt.

Den Ausschlag für St. Marien gaben ausreichend große landeseigene Flächen (etwa 14 Hektar), langfristige Entwicklungsmöglichkeiten und die verkehrsgünstige Lage. Das Gelände bietet genügend Reserven, um das Feuerwehrzentrum auch für kommende Generationen weiterentwickeln zu können.

Nach den nun beginnenden Detailplanungen, Genehmigungsverfahren und einem Architekt/innenwettbewerb wird mit einem Baubeginn in drei bis vier Jahren gerechnet.



LBD-Stv. Michael Hutterer, LBD Robert Mayer, MSc, LH Mag. Thomas Stelzer, Feuerwehr-LRin Michaela Langer-Weninger, PMM, und LBD-Stv. Feuerwehrinspektor Karl Kraml.

Foto: Land OÖ/Max Mayerhofer

Oberösterreich testet hochautomatisierten Bus im Linienverkehr

Der Landtag hat die finanzielle Mehrjahresverpflichtung für das Forschungsprojekt „ROBERTA OÖ – Real World Automated Bus Operation“ beschlossen. Damit ist der Weg frei für die Erprobung eines hochautomatisierten Busses im Linienverkehr – d. h. ohne Chauffeur – zwischen Pregarten und Hagenberg ab Herbst 2027. Projektleiter ist die Fachhochschule OÖ.

„Ziel ist es, hochautomatisierte Busse über einen Zeitraum von zwölf Monaten in den regulären Linienbetrieb zu integrieren und Erkenntnisse für den zukünftigen Einsatz im öffentlichen Verkehr zu gewinnen“, berichtet Wissenschafts-Landesrat Markus Achleitner

„Automatisierte Mobilität wird den öffentlichen Verkehr in Zukunft wesentlich mitprägen. Mit ROBERTA schaffen wir die Möglichkeit, diese Technologie unter realen Bedingungen zu testen und wichtige Erfahrungen für ihren späteren Einsatz zu sammeln“,



betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

LR Markus Achleitner und LR Mag. Günther Steinkellner.

Foto: Hermann Wakolbinger

LT-Präs. Hiegelsberger beim Ausschuss der Regionen in Brüssel

Der Ausschuss der Regionen bringt die Interessen und Anliegen der Bundesländer in den politischen Prozess in Brüssel ein. Großes Thema ist aktuell wie in allen europäischen Institutionen das Budget für die kommenden Jahre und damit auch die Ausgestaltung der gemeinsamen Agrarpolitik.

Landtagspräsident Max Hiegelsberger legte seinen Fokus bei der Sitzung auf die praxisnahe Ausgestaltung: „Das politische Getriebe in Brüssel fasziniert mich immer wieder, denn Lösungen für 500 Millionen Menschen zu finden, ist wahrhaft eine fordernde Aufgabe. Es braucht in die-

sem Prozess auch die Stimme der Regionen, die am Ende die gefundenen Lösungen umzusetzen haben. Gerade bei der Landwirtschaft geht Oberösterreich einen erfolgreichen Weg. Funktionierende Systeme wie die Hagelversicherung und die Förderung von Jungbäuerinnen und Jungbauern müssen wir stärken und Regelungen möglichst praxisnah und mit einem Höchstmaß an unternehmerischer Freiheit gestalten.“

Diese Anliegen Oberösterreichs hat Landtagspräsident Hiegelsberger auch in seiner Wortmeldung im Plenum bekräftigt.



LT-Präs. Max Hiegelsberger.

Foto: Land OÖ/Simon Prammer

Das Land fördert auch dieses Jahr wieder Schwimmkurse

Die Stadt Linz hat das Angebot vorerst abgelehnt

An 12 Standorten finden jeweils drei Kurse statt. Die vom Land geförderten Schwimmkurse sollten auch in der Landeshauptstadt angeboten werden. Erneut wurde das Angebot durch die Linz AG Bäder abgelehnt. „Gerne hätten wir ein einheitliches Angebot mit der Familienkarte für das gesamte Bundesland geschaffen. Vor allem in Anbetracht der prekären finanziellen Situation der Landeshauptstadt wäre dies eine kostenschonende Lösung für die Stadt gewesen“, betont Familienreferent Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Bereits letztes Jahr mussten einige Kinder auf ihren Schwimmkurs verzichten – wetterbedingt hätte ein Schwimmkurs vom Freibad Traun in die



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner ist überzeugt: „Jedes Kind, das Schwimmen lernt, gewinnt ein Stück Sicherheit und Selbstvertrauen.“

Foto: Land 00

Linz AG Hallenbäder verlegt werden müssen. Man stellte sich quer, der Schwimmkurs musste unter erschwerten Bedingungen und geringerer Teilnehmeranzahl stattfinden.

Kehrtwende bei der Landeshauptstadt?

Offensichtlich möchte man seitens der Stadt Linz nun doch eine Kehrtwende bei

„Eine gemeinsame Lösung zwischen Stadt und Land wäre nicht nur im Interesse der Familien gewesen, sondern hätte auch Synergien geschaffen und Kosten gespart.“

LH-Stv. Manfred Haimbuchner

dem Thema einschlagen. Beim nächsten Gemeinderat am 24. September soll ein Antrag eingebracht werden, bei dem um Aufnahme in die Schwimmkurs-Förderung des Landes ersucht wird.

Weg frei für die Lentos-Rampe, Baustart im September

Jahrzehntlang war die mangelhafte und unsichere Anbindung des Hauptplatzes und der Nibelungenbrücke an die Donau eine der Schwachstellen im Geh- und Radwegenetz der Stadt.

Nun wurde die Errichtung einer neuen Geh- und Radwegrampe von der Nibelungenbrücke Richtung Lentos beschlossen. Der Baustart ist für Mitte September geplant.

„Mit der neuen Lentos-Rampe, der verbreiterten Rampe auf der Urfahrner Seite und

dem neuen 3,1 Kilometer langen Radweg nach St. Margarethen setzen wir gemeinsam ein starkes Zeichen für eine

moderne und sichere Radinfrastruktur entlang der Donau“, betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Die Kosten für dieses von Stadt und Land gemeinsam finanzierte Großprojekt betragen 3,4 Mio. Euro.



Die Lentos-Rampe hat eine Nutzbreite von 3,50 bis 3,90 Metern bei einer Länge von rund 120 Metern.

Foto: tragwerkstatt Ziviltechniker

„Die neue 120 Meter lange Geh- und Radwegrampe ist eine Schlüsselstelle für eine sichere Anbindung der Stadt an die Donau.“

LR Günther Steinkellner

Mehr als 40.000 Menschen packten heuer für ein sauberes Bundesland an

500 Sammelaktionen bei der Aktion „Hui statt pfui“ meldeten die Bezirksabfallverbände quer durch ganz Oberösterreich. Im Fokus stand diesmal ein Müllproblem, das viele unterschätzen: Zigarettenstummel und gebrauchte Snus-Beutel, die achtlos in der Landschaft landen. „Wenn 40.000 Menschen in ihrer Freizeit durch Wälder, Straßen und entlang unserer Bäche gehen, um den Müll anderer Leute aufzusammeln, dann zeigt das: der Bevölkerung ist unsere Umwelt nicht egal“, betont Umwelt-Landesrat Stefan Kaineder. „Das ist gelebter Gemeinsinn, und darauf können wir in Oberösterreich richtig stolz sein.“

„Die Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Bevölkerung für die korrekte Abfallentsorgung stehen im Mittelpunkt unserer Arbeit“, berichtet der Vorsitzende des Landesabfallverbands Bgm. Roland Wohlmuth, Brunnenthal.



Ein einziger Zigarettenstummel kann bis zu 1.000 Liter Grundwasser verunreinigen – Jahr für Jahr landen Millionen davon auf Straßen, in Wiesen, Bächen und am Wegesrand. Auch gebrauchte Snus-Beutel, die immer öfter einfach weggeworfen werden, gehören heuer zu den Fundstücken.

Packte auch mit an: Umwelt-LR Stefan Kaineder.

Foto: Land OÖ/Werner Dedl

LR Winkler beim Moverz-Fest am Pleschinger See

Kinder und Jugendliche aus sozialpädagogischen Wohngruppen kamen gemeinsam mit Fachkräften zusammen, um Erfahrungen auszutauschen und die Beteiligung bei Moverz sichtbar zu machen.

Moverz zeigt, wie Partizipation in sozialpädagogischen Wohngruppen gelebt werden kann: von der Mitsprache im Alltag über gemeinsame Entscheidungen bis hin zur Mitgestaltung von Angeboten und Strukturen. Für Landesrat Mag. Winkler ist das ein wichtiger Beitrag dazu, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu stärken: „Wer erlebt, dass die eigene Meinung zählt, gewinnt Vertrauen, Selbstbewusstsein und Verantwortung. Beteiligung darf daher kein Schlagwort sein, sondern muss im



Alex Hertl, Petra Ennser, Kinderschutz-LR Mag. Martin Winkler, Ingrid Daringer und Sabine Lachmair-Mader, Land OÖ/KJH.

Foto: Land OÖ/Christoph Klebinder

Alltag spürbar werden.“ Mit Moverz setzt Oberösterreich seit 2015 österreichweit

und im deutschsprachigen Raum Maßstäbe. Ziel ist es, Beteiligung in allen Facetten zu

fördern – von Information und Mitsprache bis hin zur Mitbestimmung und Entscheidung.

Der Landtag zog Bilanz: Großteil der Beschlüsse erfolgte einstimmig

Der Oö. Landtag hat auf das Arbeitsjahr 2025/2026 zurückgeblickt. Neun Plenarsitzungen, 100 Ausschuss- und Unterausschusssitzungen sowie 132 Beschlüsse prägten das politische Jahr. 78 davon – und damit knapp 60 Prozent – wurden einstimmig beschlossen.

Landtagspräsident Max Hieglsberger betonte bei der Bilanz, Demokratie müsse für die Menschen erlebbar sein und dürfe kein abstraktes Konzept bleiben.

Gerade in einer turbulenten Zeit sei der Landtag ein Ort, an dem um Lösungen gerungen und gleichzeitig über Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet werde. Ziel sei

es auch, vor allem junge Menschen zu motivieren, sich aktiv einzubringen.

13 Resolutionen an die Bundesregierung

Insgesamt wurden im vergangenen Arbeitsjahr 270 Beilagen eingebracht. Der Landtag beschloss außerdem 13 Resolutionen an die Bundesregierung, um Anliegen des Landes zu unterstreichen. Zwei Aktuelle Stunden beschäftigten sich mit den Themen Integration sowie Energiezukunft.

Der Linzer Landhausturm.

Foto: Land OÖ/Hendrik Schanovsky



EU-Parlament lehnte mit einer breiten Mehrheit die geplante Soja-Hochrisiko-Einstufung ab



Oberösterreich zählt zu den drei anbaustärksten Sojaregionen Österreichs

Foto: Hermann Wakolbinger

Das Europäische Parlament lehnte mit einer breiten Mehrheit von 388 zu 248 Stimmen bei 24 Enthaltungen die Ein-

stufung von europäischem Soja als Hochrisiko-Rohstoff ab. „Oberösterreich als eines der sojastärksten Bundeslän-

der profitiert unmittelbar“, betont Agrar-Landesrätin Michaela Langer-Weninger. Damit ist der Plan der EU-Kommission,

europäisches Sojaöl ab 2030 faktisch aus der Biokraftstoffproduktion zu verbannen, vom Tisch. Federführend für den Einspruch war die oberösterreichische EU-Abgeordnete Angelika Winzig. Oberösterreich zählt zu den drei anbaustärksten Sojaregionen Österreichs – der Staat selbst ist mittlerweile drittgrößter Sojaproduzent der gesamten EU.

Nachhaltiger Treibstoff aus heimischer Produktion

Winzig betont zudem die Rolle von Sojaöl als nachhaltige Energiequelle: „Biodiesel aus europäischem Sojaöl ist ein heimischer, erneuerbarer Treibstoff, der einen konkreten Beitrag zu unseren Klimazielen leistet. Es wäre wirtschaftlich wie klimapolitisch widersinnig gewesen, eine erneuerbare Energiequelle aus regionaler, entwaldungsfreier Produktion vom Markt zu drängen. Klimaschutz gelingt mit unseren Betrieben, nicht gegen sie.“

Spatenstich für zweiten Bauabschnitt: das „Herzstück“ der A26

Der Bau des Tunnels Freinberg-Linz nimmt Fahrt auf



StR Univ.-Prof. Dr. Thomas Gegenhuber, Asfinag-Vorstand Mag. Hartwig Hufnagl, Mobilitätsminister KommR Peter Hanke, LH Mag. Thomas Stelzer, LR Mag. Günter Steinkellner und Vize-Bgm. Mag. Martin Hajart. Foto: Land 00

Mobilitätsminister KommR Peter Hanke, Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, Landesrat Mag. Günter Steinkellner sowie Asfinag-Vorstand Mag. Hartwig Hufnagl gaben mit einem Spatenstich das offizielle Startsignal. Ebenso Vizebürgermeister Mag. Martin Hajart und Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Thomas Gegenhuber als Vertreter der Stadt Linz. Für das Jahr 2032 ist die Verkehrsfreigabe der zwei mehr als drei Kilometer langen Röhren – mit jeweils zwei Fahrspuren – gemeinsam mit der Unterflurtrasse Waldeggstraße geplant. Der Durchzugsverkehr verschwindet somit zum größten Teil unter der Erde.

Mobilitätsminister Hanke bezeichnet die A 26 als „eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte Oberösterreichs und ein Zukunftsprojekt für den Wirtschafts- und Lebensstandort Linz“. Rund 85 Prozent der Strecke verlaufen im Tunnel. Dadurch werden Lärm, Staus

und Emissionen deutlich reduziert. „Mit dem Freinbergtunnel entsteht das Herzstück der Verbindung. Die Fahrzeit zwischen Urfahr und dem Hauptbahnhof sinkt auf wenige Minuten“, ist Hanke überzeugt.

Weniger Verkehr in der Innenstadt

Auch Landeshauptmann Stelzer sieht große Vorteile für die Stadt und den Zentralraum: „Weniger Verkehr in der Innenstadt bedeutet mehr Lebensqualität, mehr Sicherheit und mehr Raum für die Entwicklung unserer Landeshauptstadt.“

„Die A26 sorgt künftig für kürzere Wege, eine deutliche Entlastung des innerstädtischen Verkehrs und mehr Lebensqualität für die Menschen in Linz“, betont Landesrat Steinkellner.

Die Entlastung wird in Urfahr entlang der Rudolfstraße, auf der Nibelungenbrücke sowie ganz besonders im Abschnitt

Waldeggstraße spürbar. Die Waldeggstraße und deren Verbindungen bleiben bestehen, werden jedoch umfangreich neugestaltet. Das umfasst großzügigere Gehwege, Busspuren und einen optimierten Radweg für mehr Sicherheit und Komfort. Zusätzlich wird der Bereich umfangreich neu begrünt.

Die neue Strecke bringt dann um etwa acht Prozent weniger Verkehrsaufkommen im Innenstadtbereich. Schneller ans Ziel kommen künftig auch die Pendlerinnen und Pendler aus dem nord-westlichen Mühlviertel mit kürzeren Arbeitswegen, vor allem aus dem Bezirk Rohrbach.

Entlastung der Nibelungenbrücke

Ohne die A 26 würden 2032 rund 62.200 Fahrzeuge täglich über die Nibelungenbrücke rollen. Mit ihr wird diese Zahl auf 38.800 abnehmen: eine Ent-

lastung von 38 Prozent. Auf der Rudolfstraße wird der Verkehr von 35.100 Fahrzeugen auf 20.100 – das heißt um 43 Prozent reduziert. Um beinahe 60 Prozent nimmt der Verkehr auf der Waldeggstraße ab. 2032 werden nur mehr 23.600 Autos diese Straße passieren.

„Die A26 ist weit mehr als ein Straßenbauprojekt – sie ist eine Investition in die Zukunft des Wirtschafts- und Lebensraums Oberösterreich.“

LH Thomas Stelzer

Mit dem Start der zweiten Baustufe der A 26 Linzer Autobahn geht eines der größten und technisch anspruchsvollsten Infrastrukturprojekte Österreichs in seine nächste und zentrale Phase. Nach dem bereits realisierten ersten Abschnitt rund um die Donautalbrücke (Verkehrsfreigabe Ende 2024) setzt die Asfinag nun das Verbindungsstück zwischen dem Donautal und der A7 Mühlkreis-Autobahn um.

Im Mittelpunkt der Bauarbeiten steht der rund drei Kilometer lange Tunnel Freinberg, in dem künftig der Verkehr unterirdisch durch den westlichen Stadtbereich fließen wird. Ergänzt wird dieser durch die 600 Meter lange Unterflurtrasse Waldeggstraße, sowie baulich sehr komplexe Knotenpunkte im Bereich Bahnhof und im Stadtteil Hummelhof. Ziel ist eine leistungsfähige Verbindung bei gleichzeitig deutlicher Entlastung der Linzerinnen und Linzer durch die Reduktion des innerstädtischen Verkehrs.